

„Köln gegen Rechts“ stellt Strafanzeige gegen die Kölner Polizei

Betroffene des Polizeikessels am 7.1. 2017 wehren sich gegen Polizeiwillkür

Im Zusammenhang mit Protesten gegen den Aufmarsch der rechtsextremen Partei Pro NRW am 7.1. unter dem Motto: „Ein Jahr nach dem Kölner Sex-Pogrom: Kein Vergeben - kein Vergessen!“ hat die Kölner Polizei 195 Gegendemonstrant*innen stundenlang in einem Polizeikessel gefangen gehalten und anschließend die Personalien überprüft und angekündigt, alle anzuzeigen. Zu einem am Dienstag, 10.1., von 'Köln gegen Rechts' kurzfristig angebotenen Treffen für die Betroffenen, kamen 120 Menschen. Dutzende Teilnehmer*innen berichteten über ihre Erfahrungen:

Das Vorgehen der Polizei war ein klarer Verstoß gegen demokratische Grundrechte. Die von der Polizei eingekesselten Personen waren in der großen Mehrzahl zu keinem Zeitpunkt gewarnt worden, den betroffenen Bereich zu betreten. Es gab zu keinem Zeitpunkt eine Aufforderung der Polizei, den Bereich zu verlassen. Hier hatten sich Menschen spontan zusammengefunden, um in unterschiedlicher Form ihren Unmut über den Aufmarsch von Pro NRW kund zu tun, bei dem immer rechtsradikales, rassistisches Gedankengut lautstark öffentlich verbreitet wird.

Neu und besonders skandalös ist das Vorgehen der Kölner Polizei, weil sie zunächst einen Ring aus Polizisten um die Betroffenen zog, dann jede/n daran hinderte, den Platz zu verlassen und es anschließend als Straftat werten will, an diesem Platz gewesen zu sein. Neu ist auch, dass viele Leute in den Polizeikessel eingeschlossen wurden, die sich einfach nur auf dem Bürgersteig am Rande der geplanten Naziroute befanden. Es wurde also nicht einfach nur eine Blockade eingekesselt, sondern alle Leute die *theoretisch vielleicht* eine Blockade hätten machen können.

Auf dem Treffen der 120 Betroffenen am Dienstag, dem 10.1., wurde auch scharf der rücksichtslose Einsatz von Polizeipferden kritisiert, die mehrfach gegen Personen getrieben wurden, die auf der Straße saßen oder standen. Eine Mutter berichtete, ihre 15-jährige Tochter sei von einem Pferdehuf am Fuß verletzt worden. Sie sei dennoch nicht zu ihrer Tochter im Polizeikessel gelassen worden. Erst nach deren Freilassung aus dem Kessel gegen 19 Uhr konnten sie ein Krankenhaus aufsuchen, wo eine Quetschung des Fußes diagnostiziert wurde. Aus den dutzenden Berichten von Betroffenen wurde zweifelsfrei klar: Es gab zu keinem Zeitpunkt eine Aufforderung der Polizei, den Bereich zu verlassen. Im Gegenteil: Bereits ab kurz nach 15:00 Uhr wurden nach Berichten einiger der Anwesenden die ersten Personen von der Polizei daran gehindert, den Platz zu verlassen. Übrigens auch völlig unbeteiligte Passanten konnten das bezeugen.

Die Polizei twitterte hingegen um 15:05 Uhr: „Wir stellen klar: Bei der Demo zur Zeit keine „Einkesselung“. (Siehe Twitter #PolizeiNRW #Koeln #Leverkusen #0701).

Die Aufnahme der Personalien zog sich trotz riesigen Polizeiaufgebotes über mehr als drei Stunden bis 19:00 Uhr bei eisiger Kälte hin.

In einer Pressemitteilung verweist die Polizei darauf, sie habe Toiletten zur Verfügung gestellt. Tatsächlich wurden kurz nach der Ankündigung der Personalienfeststellung am Rande des Platzes sechs 'Dixi-Toiletten' von einem LKW abgeladen. Allem Anschein nach war das Vorgehen gegen die Demonstranten also geplant.

Auf unserem Treffen am 10.1. wurde beschlossen, das ungeheuerliche Vorgehen der Polizei öffentlich zu machen. An alle Parteien und Organisationen, die den Protest gegen Pro NRW an diesem Tag mit unterstützt haben, appellieren wir, ebenfalls öffentlich gegen die für diesen Polizeieinsatz politisch Verantwortlichen Stellung zu beziehen.

Wir halten es für keinen Zufall, dass nur sieben Tage nachdem hunderte Menschen allein aufgrund ihres Aussehens am Kölner Hauptbahnhof in einen Polizeikessel geschleust wurden, die Grundrechte hier erneut mit Füßen getreten wurden. Und für den 14.1. wenn rassistische Hetzer und Nazi-Schläger geschützt durch die

Polizei wieder durch Köln ziehen wollen, hat die Polizei in einer Presseerklärung angekündigt auch in Zukunft so zu verfahren wie zu Sylvester und am 7.1. „.....dass Blockaden anderer Demonstrationen grundsätzlich nicht von der Versammlungsfreiheit gedeckt sind“ und dass... „die Polizei frühzeitig und niederschwellig einschreiten (wird).“

Reiner Krause von Köln gegen Rechts: "Grundrechte werden anscheinend nur für Leute gnadenlos durchgesetzt, die diese am liebsten abschaffen wollen." (zitiert aus eine Zuschrift auf facebook an Köln gegen Rechts)

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen, sondern auch in Zukunft von unserem demokratischen Recht Gebrauch machen und gegen Nazis und Rassisten auf die Straße gehen. Wir werden auch juristisch gegen die Behinderung unserer Meinungsfreiheit vorgehen. Wir betrachten es nicht nur als Recht, sondern als Pflicht, gegen diejenigen aufzustehen, die demokratische Freiheiten abschaffen wollen. Aktuell besteht der beste Schutz gegen derartige Polizeiwillkür darin, das noch mehr Menschen protestieren, wenn Rassist*innen und Nazi-Schläger durch Köln ziehen wollen, also auch am kommenden Samstag, 14.1 in Köln Deutz am Ottoplatz um 13:30.

Antifaschistisches Aktionsbündnis - Köln gegen Rechts.